

Niederschrift

**über die 14. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Sozialausschusses am
Mittwoch, 19.03.2025 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses (Mittelstraße 40
in 40721 Hilden)**

Anwesend waren:

Vorsitz

Frau Anne Kathrin Stroth SPD

stell. Vorsitz

Frau Marianne Münnich Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglieder

Herr Martin Falke	CDU
Herr Christian Gartmann	CDU
Herr Michael Rupp	CDU
Herr Jörg Brandenburg	CDU
Herr Fabian Filatov	CDU
Frau Sandra Kollender	SPD
Herr Carsten Wannhof	SPD
Herr Abdullah Dogan	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Hartmut Toska	Bündnis 90/Die Grünen

Sachkundige Bürger/innen

Herr Lars Gramm	SPD	
Frau Ilka Sobirey	FDP	für Frau Dylewski
Frau Sibylle Owsianowski	AfD	
Frau Claudia Beier	BÜRGERAKTION	

Beratende Mitglieder

Frau Birgit Behner	fraktionslos	für Herrn Verhalen
Herr Detlef Recha	Arbeiterwohlfahrt - Orts- verein Hilden	
Herr Diakon Michael Ruland	Kath. Kirchengemeinde St. Jacobus	
Frau Malin Schmidt	SPE Mühle	
Frau Pfarrerin Sonja Schüller	Diakoni evangelische Kirche	
Frau Anne Schunicht-Rawe	Behindertenbeirat	
Frau Christel Gerling	Seniorenbeirat	

Von der Verwaltung

Herr 1. Beigeordneter Sönke Eichner	Stadt Hilden
Frau Andrea Funke	Stadt Hilden
Frau Anna Maurer	Stadt Hilden
Herr Dirk Schatte	Stadt Hilden
Frau Anja Voß	Stadt Hilden

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Bericht der SPE Mühle zu ihrer Arbeit im Bereich Wohnungsnotfallhilfe
WP 20-25 SV 51/307
- 3 Sozialhilfe, Wohngeld und Unterhaltsvorschuss - Bericht 2022 - 2024
WP 20-25 SV 50/088
- 4 Bildungs- und Teilhabepaket NRW - Bericht 2022 - 2024
WP 20-25 SV 50/087
- 5 Fachdienst Beistandschaften - Sachstandsbericht 2022 - 2024
WP 20-25 SV 50/086
- 6 Entwicklung im öffentlichen Wohnungsbau - Bericht 2022 - 2024
WP 20-25 SV 50/085
- 7 Taschengeldbörse
WP 20-25 SV 51/304
- 8 Einführung des Familienportals "Guter Start NRW"
WP 20-25 SV 51/298
- 9 Arbeit des Stellwerks 2024
WP 20-25 SV 51/297
- 10 Strategische Sozialplanung - Maßnahmenbericht 2022 -2024
WP 20-25 SV III/002
- 11 Sachstand Integration
WP 20-25 SV 51/299
- 12 Sachstand Projekt- und Fördermittelmanagement
WP 20-25 SV 51/294
- 13 Sachstand Projekt "3 Phasen Modell - WIR2 zum Job"
WP 20-25 SV 51/295
- 14 Jahresbericht Behindertenbeirat 2024
WP 20-25 SV 51/300

- 15 Bericht zur Umsetzung des Maßnahmenkataloges Integration 2024
WP 20-25 SV 51/301
- 16 Planung des Maßnahmenkatalog Integration 2025
WP 20-25 SV 51/308
- 17 Fallzahlenentwicklung Asyl
WP 20-25 SV 51/303
- 18 Ausschreibung des Heimatpreises 2025
WP 20-25 SV III/080
- 19 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 20 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen
- 20.1 273-25 Anfrage Bündnis 90/Die Grünen: Öffentlich geförderter Wohnungsbau
- 20.2 Anfrage Seniorenbeirat: Seniorenrelevanz

Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende Rm Stroth/SPD eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer. Sie stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Änderungen zur Tagesordnung

Rm Stroth/SPD wies darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt 18 auf der Tagesordnung bleiben solle und im Ausschuss darüber beraten werde.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde meldete sich niemand zu Wort.

1 Befangenheitserklärungen

Rm Wannhof/SPD erklärte sich zum TOP 2 für befangen.

Frau Schmidt/Paritätischer Wohlfahrtsverband stellte die Arbeit der SPE Mühle im Bereich der Wohnungsnothilfe vor.

Rm Münnich/Bündnis 90/Die Grünen erkundigte sich, ob aktuell nur eine freie Wohnung für Familien in dieser Notsituation zur Verfügung stehe und ob es hierzu eine andere Lösung in Form einer Wohneinrichtung für Mehrfachbelastete im gesamten Kreis Mettmann gebe. Des Weiteren interessiere sie wie die Unterstützung von Obdachlosen in Hilden bzw. Durchreisenden aus anderen Städten geregelt sei und wie seitens der SPE Mühle mit Familien, die ihre Wohnungslosigkeit zu spät melden, umgegangen werde.

Die Verwaltung informierte, dass es momentan außer einer freien Wohnung keine weitere Alternative für Familien in Wohnungslosigkeit gebe und auch kein Austausch hinsichtlich eines Gemeinschaftsprojektes mit anderen Kommunen bestehe. Die Verwaltung werde sich aber erkundigen, wie hoch der Bedarf in anderen Städten sei.

Frau Schmidt/ Paritätischer Wohlfahrtsverband erläuterte, dass die SPE Mühle durch Kooperation mit der Stadt Hilden und dem Gericht früh genug von Räumungsklagen erfahre und somit auch den betroffenen Haushalten rechtzeitig helfen könne. Für Durchreisende sei die SPE Mühle nicht zuständig, sondern das SKF Langenfeld. Im Cafe K bestünde dazu ein Beratungsangebot. Sie erklärte, dass die vorrangige Unterbringung der Durchreisenden in der Heimatstadt, wo die Menschen zuletzt gemeldet waren, stattfinde. Derzeit befinden sich nur wenige Obdachlose in Hilden. Es seien höchstens 3-4 Menschen gesichtet worden, darunter auch Nichtobdachlose, die sich trotz einer Wohnung draußen aufgehalten haben.

Der Sozialausschuss nahm den Bericht der SPE-Mühle zur Kenntnis.

Der Sozialausschuss nahm den Bericht über die Entwicklung der Sozialhilfe, des Wohngeldes und des Unterhaltsvorschusses für die Jahre 2022 - 2024 zur Kenntnis.

Rm Münnich/Bündnis 90/Die Grünen bat hinsichtlich der gestiegenen Nachfrage für das Bildungs- und Teilhabepaket NRW in den Jahren 2022-2023 um Erläuterung.

Frau Funke/Verwaltung informierte, dass durch die neue Wohngeldreform der Kreis der Berechtigten gestiegen sei. Zudem machen die jeweiligen zuständigen Stellen auf das Bildungs- und Teilhabepaket gezielt aufmerksam. Nicht nur wohngeldberechtigte Familien, sondern auch Familien, die Kindergeldzuschlag, Asylbewerberleistungen oder Leistungen nach dem SGB II erhalten, haben einen Anspruch darauf. Sie wies daraufhin, dass das Stellwerk hinsichtlich des Bildungs- und Teilhabepaket NRW eine Verweisberatung durchführe und dass die Fallzahlen des Jobcenters, sowie von geflüchteten Familien nicht in diese Berechnung eingeflossen sind.

Der Sozialausschuss nahm den Bericht zum Bildungs- und Teilhabepaket NRW für die Jahre 2022 - 2024 zur Kenntnis.

5	Fachdienst Beistandschaften - Sachstandsbericht 2022 - 2024	WP 20-25 SV 50/086
---	---	-----------------------

Der Sozialausschuss nahm den Bericht über den „Fachdienst Beistandschaften“ der Jahre 2022 - 2024 zur Kenntnis

6	Entwicklung im öffentlichen Wohnungsbau - Bericht 2022 - 2024	WP 20-25 SV 50/085
---	---	-----------------------

Rm Münnich/Bündnis 90/Die Grünen wies auf eine Anfrage ihrer Fraktion zu diesem TOP hin, die sie später aufführen werde.

Der Ausschuss nahm die Ausführungen der Verwaltung über die Entwicklung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus der Jahre 2023 und 2024 zur Kenntnis.

7	Taschengeldbörse	WP 20-25 SV 51/304
---	------------------	-----------------------

Herr Recha/AWO äußerte sein Bedauern über die Streichung der Gelder und den damit einhergehenden Verlust von 3.000 €, hoffe jedoch durch Spenden einen Ersatz zu finden und wies darauf hin, dass sich durch diese Einsparungen eine Leistungsverkürzung ergeben könne.

Der Sozialausschuss nahm den Bericht zur Taschengeldbörse 2024 zur Kenntnis.

8	Einführung des Familienportals "Guter Start NRW"	WP 20-25 SV 51/298
---	--	-----------------------

Rm Münnich/Bündnis 90/Die Grünen begrüßte das Projekt „Einführung des Familienportals "Guter Start NRW" und informierte sich, wie und durch wen das Portal befüllt und aufgebaut werde.

S.B. Beier/BA stellte fest, dass das Programm momentan von der Stadt Hilden eingepflegt und kontrolliert werde und bat um Antwort, wer sich in Zukunft darum kümmern werde.

Frau Voß/Verwaltung erklärte, dass das Programm aktuell im Zuge eines Projektes von einer Kollegin im Stellwerk betreut werde und nach Abschluss der Einführungsphase von externen Anbietenden selbst aktualisiert werden solle. Weiterhin werde von der Stadt ein Support zur Überwachung gestellt, sodass es zu keinen unangemessenen Einträgen komme.

Der Ausschuss nahm den Bericht zur Einführung des Familienportals „Guter Start NRW“ zur Kenntnis.

9	Arbeit des Stellwerks 2024	WP 20-25 SV 51/297
---	----------------------------	-----------------------

Rm Münnich/Bündnis 90/Die Grünen begrüßte die vielen Projekte des Stellwerks und bat um Auskunft über den Sachstand der Beratungen in Kindertageseinrichtungen für das Jahr 2025. Außer-

dem interessiere sie wie viele Projekte über Sponsoren oder andere Fördertöpfe umgesetzt werden sollen und was bisher ermöglicht wurde.

Frau Voß/Verwaltung teilte mit, dass die Umsetzung der Beratungsangebote in Kindertageseinrichtungen noch nicht funktioniert habe, aber für 2025 fest geplant sei. Die Verwaltung werde im Ausschuss darüber informieren. Hinsichtlich der Aktionen im Stellwerk und der Haushaltskürzungen wurden die Seniorenmesse und der Demenzinfotag zusammengelegt. Durch hinzugewonnene Sponsoren und über den Teilhabefond werde der Spendentopf weiter gefüllt. Sie bestätigte auch, dass die geplanten Aktionen im 1. Halbjahr über Spenden refinanziert werden und somit möglich seien.

Der Sozialausschuss nahm den Sachstandsbericht über die Arbeit des Stellwerks 2024 zur Kenntnis.

10	Strategische Sozialplanung - Maßnahmenbericht 2022 -2024	WP 20-25 SV III/002
----	--	------------------------

Der Sozialausschuss nahm den Maßnahmenbericht 2022- 2024 zum Arbeitsbereich Strategische Sozialplanung zur Kenntnis.

11	Sachstand Integration	WP 20-25 SV 51/299
----	-----------------------	-----------------------

Rm Münnich/Bündnis 90/Die Grünen sprach ihren Dank an die Flüchtlingslotsen aus und fragte wie der Sachstand hinsichtlich der Durchführung personell zu schaffen sei.

Voß/Verwaltung antwortete, dass für die Durchführung der Potentialanalyse derzeit 19,5 Wochenstunden zur Verfügung stehen. Ziel sei es herauszufinden, wie diese Menschen gezielter integriert werden können. Da die Umsetzung erst kürzlich begonnen habe, werde sie anhand erster Erfahrungswerte im Ausschuss darüber berichten.

Der Sozialausschuss nahm den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

12	Sachstand Projekt- und Fördermittelmanagement	WP 20-25 SV 51/294
----	---	-----------------------

Der Sozialausschuss nahm den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

13	Sachstand Projekt "3 Phasen Modell - WIR2 zum Job"	WP 20-25 SV 51/295
----	--	-----------------------

Der Sozialausschuss nahm den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Rm Münnich/Bündnis 90/Die Grünen sprach im Namen ihrer Fraktion Dank für die Arbeit des Behindertenbeirates mit Verweis auf die vielen umgesetzten Aktionen aus.

Der Sozialausschuss nahm den Jahresbericht des Behindertenbeirates für das Jahr 2024 zur Kenntnis.

Der Sozialausschuss nahm den Bericht der Verwaltung zur Umsetzung des Maßnahmenkatalogs Integration 2024 zur Kenntnis.

1. Beigeordneter Eichner informierte, dass im Integrationsrat über die „Planung des Maßnahmenkatalog Integration 2025“ beraten und einstimmig beschlossen worden sei. Er teilte des Weiteren mit, dass trotz der verschlechterten Haushaltslage 20.000 € in der mittelfristigen Finanzplanung zur Verfügung stehen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Integrationsrat und im Sozialausschuss die Umsetzung des vorgelegten Maßnahmenkataloges zur Integrationsförderung für das Jahr 2025 - vorbehaltlich der Genehmigung des Haushalts.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei 14 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung

S.B. Beier/BA merkte an, dass aus der Sitzungsvorlage aktuell 154 freie Plätze zur Unterbringung von Flüchtlingen zu entnehmen seien und wollte wissen, wann der Umzug aus dem Weidenweg möglich sei, um die Turnhalle für den Schul- und Vereinssport wieder zur Verfügung zu stellen.

1. Beigeordneter Eichner wies daraufhin, dass die Zahlen nur eine rechnerische Größe seien. Eine exakte Umsetzung oder Umrechnung sei aufgrund unterschiedlicher Familiensituationen nicht möglich. Zuweisungen von Familien mit unterschiedlicher Anzahl von Kindern oder Personen mit psychischen Erkrankung oder anderen körperlichen Einschränkungen, lassen es nicht zu, die freien Plätze so auszunutzen, wie rechnerisch dargestellt. Laut Zeitplan werde die Halle am Weidenweg zum Ende der Sommerferien, spätestens jedoch zu Beginn der Herbstferien, wieder für den Schul- und Vereinssport zur Verfügung stehen. Die notwendigen Sanierungsmaßnahmen seien im Zeitplan berücksichtigt worden.

Der Sozialausschuss nahm die Ausführungen der Verwaltung zur Fallzahlenentwicklung im Bereich Asyl zur Kenntnis.

1. Beigeordneter Eicher informierte, dass die Richtlinien des Heimatpreises heute im Ausschuss zur Einsicht ausgedruckt vorliegen und auch dem Protokoll beigelegt werden. Im Integrationsrat wurde über diesen Tagesordnungspunkt beraten und mit einem Änderungsbeschluss einstimmig beschlossen worden. Zum besseren Verständnis erklärte er, dass insgesamt 1.400 € für den Integrationspreis zur Verfügung stehen; 800 € für das Preisgeld und 600 € für das Rahmenprogramm. Die 5.000 € seien für einen Heimatpreis vorgesehen.

S.B. Gramm/SPD sprach sich für den geänderten Beschlussvorschlag *„der Integrationspreis bleibt weiterhin bestehen“* aus, allerdings mit einem weiteren Zusatz, dass neben den Beiräten, Vertretern der Fraktionen und verschiedenen Ämtern auch das Jugendparlament in die Jury aufgenommen werde.

Rm Falke/CDU erkundigte sich nach der Aufteilung des Heimatpreises, sowie nach welchen Kriterien entschieden werde bzw. welche Richtlinien es hierzu gebe.

Frau Voß/Verwaltung erwiderte, dass das Land keine Richtlinien vorgegeben und die Verwaltung sich diesbezüglich an anderen Kommunen orientiert und Kriterien hinsichtlich des Heimatpreises gesetzt habe. Der Gesamtpreis in Höhe von 5.000 € könne lediglich auf drei Projekte zu je 1.666 € aufgeteilt werden. Es könne aber auch nur ein Projekt gefördert werden, welches alle drei Bildungsschwerpunkte Bildung, Kultur und Inklusion abdecke. Das Ziel sei die Preise in diesen drei Bereichen und nicht dreimal für den gleichen Schwerpunkt zu vergeben.

Anmerkung der Schriftführung:

Vorsitzende Rm Stroth/SPD lies über den geänderten Beschlussvorschlag der SPD Fraktion abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beauftragt die Verwaltung nach Vorberatung im Integrationsrat und den Fachausschüssen den Antrag zum Förderprogramm Heimatpreis (Förderperiode 2023 bis 2027) beim Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen zu stellen und die Ausschreibung des Heimatpreises entsprechend umzusetzen.

Der Ratsbeschluss gilt gemäß den Landesvorgaben (Förderperiode 2023 -2027) als Grundsatzbeschluss zur Teilnahme der Stadt Hilden am „Heimat-Preis“ auch für die Folgejahre bis 2027. Der Rat der Stadt Hilden stimmt der Besetzung der in der Vorlage genannten Jury zu.

Geänderter Beschlussvorschlag (Änderungen *kursiv* dargestellt):

Die SPD Fraktion schlägt im Sozialausschuss folgende Änderung zum Beschlussvorschlag vor:

„Der Integrationspreis bleibt hiervon unberührt. Somit ist der letzte Absatz der Begründung in der Sitzungsvorlage obsolet und das Jugendparlament wird in die Jury mitaufgenommen.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei 14 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung

20.1 273-25 Anfrage Bündnis 90/Die Grünen: Öffentlich geförderter Wohnungsbau

Rm Münnich/Bündnis 90/Die Grünen verlas folgende Anfrage:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Claus Pommer,

bis 2030 fallen in Hilden rund 450 Wohnungen aus der sozialen Bindung. Daraus ergeben sich für uns folgende Fragen:

1. Wie ist der Sachstand hinsichtlich des Bauprojekts auf dem Gelände der ehemaligen Theodor-Heuss-Schule? Wann liegen dazu abstimmungsreife Planungen vor? Wann ist mit dem Baubeginn zu rechnen? Wie viele öffentlich geförderte Wohnungen können/sollen dort bis 2030 entstehen?

2. Nach welchen Kriterien vergibt der Kreis die Finanzmittel für den öffentlich geförderten Wohnungsbau? (detailliertere Darstellung als in der SV 50/085) Wie lange ist die durchschnittliche Wartezeit zwischen Beantragung und Bewilligung der Fördergelder?

3. Welche städtischen Flächen könnten der WGH für den öffentlich geförderten Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden? (differenziert nach mit und ohne bereits bestehendes Baurecht)

Mit freundlichen Grüßen

Klaus-Dieter Bartel - Helen Kehmeier - Marianne Münnich – Abdullah Dogan – Hartmut Toska“

20.2 Anfrage Seniorenbeirat: Seniorenrelevanz

Frau Gerling/Seniorenbeirat verlas folgenden Antrag:

„Antrag an den Sozialausschuss:

Die Verwaltung wird gebeten, unter dem Reiter „Inklusionsrelevanz“ zukünftig auch „Seniorenrelevanz“ aufzunehmen und zu berücksichtigen.“

Begründung:

Ungefähr ein Drittel der Einwohnenden von Hilden ist 60 Jahre alt und älter. Dieser Personenkreis sollte bei den sie betreffenden Inhalten und Maßnahmen dezidiert in den Fokus genommen werden, damit ihre Belange Beachtung finden.

Christel Gerling, Vorsitzende des Seniorenbeirats“

Ende der Sitzung: 17:59 Uhr

Anne Kathrin Stroth / 24.04.25
Vorsitzende

Anna Maurer / 04.04.25
Schriftführer/in

Gesehen:

Dr. Claus Pommer / 15.04.25
Bürgermeister

Sönke Eichner / 14.04.25
Beigeordneter